

Beschlussauszug

Sitzung des Planungs- und Bauausschusses des Amtes Geltinger Bucht vom 03.11.2020

TOP 6. Beratung und Beschlussempfehlung zur Erweiterung des Amtsgebäudes

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Rader als Architekt und erläutert die Historie der Planung.

Das Amt Geltinger Bucht ist zurzeit in der Planungsphase zur bedarfsgerechten Erweiterung des Amtsgebäudes. Hierbei ist nach Markterkundung, Auswahl eines Planungsbüros und Auftragsvergabe eine intensive Bedarfsermittlung im Frühjahr/Sommer vorausgegangen. Diverse Vorgespräche und Abstimmungstreffen sind erfolgt. Nach Gesprächen mit der Polizeistation sowie des zuständigen Referates im Ministerium ist nun Ende September das Raumkonzept bzw. die Raumbedarfsplanung der Polizei zusätzlich übersandt worden; hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die Zusammenarbeit Amt (Ordnungsbehörde/Meldewesen) und Polizei in einem Hause erhebliche Synergie-Effekte mit sich tragen. Regelungen zur Kostenübernahme (Baukostenzuschuss/ Mietverhältnis) mit dem Ministerium sind im Klärungsprozess.

Parallel zur amtsseitigen Planung hat die Gemeinde Steinbergkirche im März 2020 mit dem Aufstellungsbeschluss die Bauleitplanung eingeleitet; gleichzeitig hat die Gemeindevertretung Steinbergkirche die Kostenübernahme der Bauleitplanung bis zu einem Betrag von 13.500 € beschlossen. Das Planverfahren ruht bis zur Beschlussfassung durch den Amtsausschuss.

Nach Einarbeitung aller Bedarfsanmeldungen und Raumkonzeptionen hat Herr Rader -als beratender Architekt- nun den Vorentwurf V zur kommunalpolitischen Abstimmung übersandt. Herr Rader stellt die Grundzüge anhand des Vorentwurfes dar.

Der Ausschuss diskutiert die Grundlagen sowie die verschiedenen Optionen der Umsetzung.

Folgende Fragestellungen und Erklärung sind erfolgt:

Ausschussmitglied Petzel möchte gerne wissen, wie sich die Parkmöglichkeiten aufgrund der Unterbringung der Polizei ergeben.

Herr Rader: Die geplanten Parkplätze (Mitarbeiter und Polizei) befinden sich im hinteren Bereich sowie publikumsseitig neu zu schaffende vor dem Gebäude (Straße Holmlück).

Ausschussmitglied Schiewer fragt, ob bei dem genannten Preis für die Option „Neubau“ auch schon der Kaufpreis für das Grundstück berücksichtigt sei.

Herr Rader: Beim genannten Preis ist nur der Baukörper in einem idealen Grundstück berücksichtigt, da man bisher kein Grundstück als Grundlage annehmen kann.

BM Erichsen merkt an, dass im Bestandsgebäude das Kellergeschoss noch vorhanden ist und fragt an, ob diese Größe inkl. Archiv in einem Neubau auch in der Größenordnung berücksichtigt wird.

Herr Rader: Es ist im Falle des Neubaus Raum für das Archiv berücksichtigt, allerdings nicht in der Größe des Bestandes. Die Begründung liegt in dem kleineren Bedarf, durch die immer mehr geforderte digitale Archivierung.

BM Meyer fragt nach der rechnerischen Größe von qm/Kosten für Neubauten, diese sollen sich bei 2.500 €/qm bewegen. Nun liegt der beim präsentierten Entwurf bei ca. 3.500 €/qm.

Des Weiteren wird erfragt, ob die Polizei in Kiel die aufgerufene Summe für die Integration in das Amtsgebäude bereits bestätigt bzw. freigegeben hat?

Herr Rader: Der Preis pro qm ergibt sich anhand der Gebäudeart und bereits berücksichtigter Ausstattungsmerkmale. Es handelt sich dabei um Preise die anhand einer Datenbank zur Verfügung gestellt werden, mit der Ingenieurbüros in der Regel arbeiten.

Frau Marxen-Bäumer: Zur Frage der Polizeistation - da das Ministerium sich erst spät im September überhaupt zu der geplanten Zusammenführung geäußert hat, sind zu dieser Thematik (Kosten – Miete – Baukostenzuschuss) noch keine weiteren Entscheidungen getroffen worden.

Ausschussmitglied Petzel würde das Gebäude lieber etwas "kompakt" halten (z.B. die Polizei über zwei Etagen verteilt).

Herr Rader: Ist in dieser Form nicht möglich, da die Polizei eine gleichmäßige und ebene Bebauung vorgibt; Detailfragen müssen noch erörtert werden.

BM Hansen möchte wissen, ob es bereits Überlegungen gab, das Bestandsgebäude zu veräußern und an geeigneter Stelle einen Neubau zu erstellen.

Herr Petersen: Die Variante ist im Arbeitskreis diskutiert und aufgrund der Kosten verworfen worden. Ausschussmitglied Schiewer erklärt, dass die Kirche ein medizinisches Zentrum / Sozialstations-Standort aufbauen wird. Eine Nachnutzung würde sich so schwierig gestalten; desweiteren darf der Polizei- Standort Steinbergkirche nicht in Frage gestellt werden. Dieses muss gesichert und für die Zukunft gestärkt werden. BM Meyer erläutert, dass der Polizei-Standort Steinbergkirche gesichert sei und nicht zur Disposition steht.

BM Meyer fragt, wie lange man noch auf eine Reaktion der Polizei aus Kiel warten möchte und wo genau der Mehrwert an dem Anbau liegt, da es seiner Ansicht nach nicht genug dazugewonnene Bürofläche gibt.

Frau Marxen-Bäumer: Die Polizei/das Ministerium ist aufgefordert sich umgehend zu erklären. Die Bürofläche wird fast verdoppelt.

BM Hansen ist der Meinung, dass es nur ein Kompromiss ist und für einen Anbau zu wichtig und zu groß sei. Seiner Meinung nach ist die Seitenansicht mit einer Länge von ca. 30m viel zu lang. Zusätzlich seien die Kosten "nur" für eine Erweiterung viel zu hoch.

Ausschussmitglied Petzel gibt allen zu bedenken, dass der Bestandsbau von der Bausubstanz noch in einem sehr guten Zustand sei und man das nicht vergessen dürfe. Somit wäre ein Anbau schon gerechtfertigt.

BM Kratz würde in der Kostenaufstellung für den Neubau auch gerne die Anschaffungskosten des Baulandes mit berücksichtigt haben.

Ausschussmitglied Petzel fragt in die Runde, mit welcher Begründung gegenüber der eigenen Gemeindevertretung ein Neubau mit höheren Kosten gerechtfertigt werden soll. Gerade weil das Bestandsgebäude in Bezug auf seine letzte Aussage noch gut ist.

BM Struve schließt sich der Aussage von Herbert Petzel an und fügt hinzu, dass seiner Meinung nach, der Bedarf an Plätzen ebenfalls durch Homeoffice gedeckt sein könnte.

AV Johannsen erklärt zu allen Ausführungen und auch zur Frage, wie lange noch auf die Polizei gewartet werden könne, dass eine Zusage unbedingt vor dem Amtsausschuss am 25.11. erfolgen muss. Nach seinem Gespräch mit dem Leiter der Polizeistation in Kappeln, ist eine Zusammenlegung auf jeden Fall gewünscht.

Ausschussmitglied Petzel ist der Meinung, damit man nicht mit der doppelten Planung weiter machen muss, dass mit dem Entwurf 5 geplant werden sollte - auch wenn die Polizei nicht mit ins Gebäude einzieht. So hätte man für die Zukunft entweder genug Reservefläche oder eine Fläche, die man als Mietfläche nutzen könnte.

Es werden weiter der Zuschnitt sowie die Reservemöglichkeiten erfragt; hier sollte das 2. OG schon als Reservefunktion vorbereitet werden (Kürzung der Außenfläche). Auf Nachfrage erläutert AV Johannsen die Finanzierung des Projektes; weiter erklärt er, dass es eine verlässliche Aussage des Ministeriums bzgl. der Polizeinutzung geben muss.

Ausschussmitglied Petzel schlägt vor, eine gewisse Auflockerung des Gebäudes (Versatz) einzuarbeiten.

Frau Marxen- Bäumer erläutert, dass die Organisationsuntersuchung durch die Fa. Kubus (Personalbedarf) in Arbeit ist; weiter kommt in der Amtsverwaltung (trotz Digitalisierung) das Thema Home-Office an ihre Grenzen. In der Zwischenzeit (Bauphase) müssen Lösungen erarbeitet werden, da der Bedarf an Räumlichkeiten drängt.

Der Ausschuss kommt überein, dass eine Umsetzung unverzüglich erfolgen muss; die Punkte der finanziellen Beteiligung des Landes, der Ausnutzung von Reserveflächen sowie die Auflockerung des Gebäudekörpers muss noch geklärt werden.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Der Amtsausschuss beschließt die Erweiterung des Amtsgebäudes auf Grundlage des Vorentwurfes V. Haushaltsmittel sind entsprechend einzustellen. Der Amtsvorsteher wird ermächtigt, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Ein entsprechender Versatz in der Gebäudedekubatur ist einzuarbeiten.

Abstimmung:

Anzahl der Mitglieder des Gremiums	davon anwe- send	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	7	6	0	1

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Steinbergkirche, den 08.04.2024